

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand



„First North Atlantic Council meeting“ <https://www.flickr.com/photos/nato/41096607185/>, CC BY-NC-ND 2.0: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/> by NATO

Monatlich gedruckt
& täglich unter:
perspektive-online.net

Bald wieder Wehrpflicht in Deutschland?

Wehrpflicht wie in Schweden? Laut dem Verteidigungsminister ist das die favorisierte Variante, um Deutschland möglichst schnell zu einem „kriegstüchtigen“ Land zu entwickeln. Die Bundeswehr soll möglichst schnell wieder kriegsfähig gemacht werden. > Seite 3

Femizide: Verschiedene Täter, dasselbe Motiv

Acht Femizide innerhalb von drei Tagen: In Wien wurden an einem Tag fünf Femizide begangen, in Deutschland drei Tage später vier Morde mit patriarchalem Motiv. Diese Morde sind keine Einzelfälle, sondern haben System im patriarchalen Kapitalismus. > Seite 6

Journalistische Hetze und Repression gegen Links

Konzerne und der deutsche Staat schauen nicht lange zu, wenn der Widerstand gegen sie wächst. Um ihn in die Schranken zu weisen, haben sie eine Vielzahl an staatlichen Behörden – und eine Medienlandschaft, die sich ebenfalls gern nützlich macht. > Seite 7

DFL-Proteste: Ein Sieg, der Hoffnung macht

Am 21.02. verkündete die DFL das Scheitern des geplanten Investoreneinstiegs. Ein knappes Jahr lang beschäftigte das Gespenst des Ausverkaufs des deutschen Profifußballs die nationale Fußballwelt. Ein Resümee eines erfolgreichen Kampfes gegen das Kapital. > Seite 8

75 Jahre nach Gründung der NATO scheint die Gefahr eines neuen Weltkrieges so groß wie seit 1945 nicht mehr. Dabei ist die NATO kein „Verteidigungsbündnis“ und sichert nicht den Frieden, sondern führt seit Jahrzehnten aggressiv Kriege um die Aufrechterhaltung und Ausdehnung der Einflussgebiete ihrer Mitgliedsstaaten. Doch auch die NATO-Gegner Russland, China und Iran verfolgen imperialistische Interessen. Eine friedliche Welt kann nur gegen die imperialistischen Mächte geschaffen werden. Ein Kommentar von Thomas Stark

In ihrem Jubiläumsjahr hat die NATO über 80.000 Soldat:innen mobilisiert. Unter dem Namen „Steadfast Defender“ hält sie das größte Kriegsmanöver seit Jahrzehnten ab. Geprobt wird die schnelle Verlegung großer Kampfverbände in Osteuropa. Das Übungsszenario ist ein russischer Angriff, der zum Ausrufen des Bündnisfalls und zum Krieg an der „Ostflanke“ der NATO führt. Auch die Bundeswehr ist unter dem Manövernamen „Quadrigea 2024“ mit 12.000 Soldat:innen beteiligt: Darunter bayrische Gebirgsjäger, die den Kriegsfall in Norwegen simulieren, das berüchtigte Kommando Spezialkräfte (KSK), das in Ungarn und Rumänien zum Einsatz kommt, sowie die 10. Panzerdivision, die im Mai nach Polen und Litauen fahren soll. Flankiert werden soll der simulierte

Landkrieg durch Übungen von Marineeinheiten und Luftstreitkräften insbesondere aus den USA und dem Vereinigten Königreich.

Vorbereitung des Krieges um Europa

Das Manöver dient natürlich nicht spielerischen Zwecken und ist auch keine geschmacklose Art von Jubiläumsfeier. Der Zeitpunkt – zwei Jahre nach Beginn des russischen Einmarschs in die Ukraine – ist auch nicht zufällig gewählt. „Steadfast Defender“ dient genau dem Zweck, der geübt wird, nämlich der Vorbereitung der NATO auf einen Krieg mit Russland. Ein solcher Krieg ist 20 Jahre nach der NATO-Osterweiterung von 2004 längst kein theoretisches Gedankenspiel mehr. Der deutsche

Kriegsminister Boris Pistorius (SPD) hält ihn innerhalb „von fünf bis acht Jahren“ für möglich. Deshalb will er die Bundeswehr und die deutsche Gesellschaft „kriegstüchtig“ machen.

Deutschland, die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Polen – aber auch Russland und seine Verbündeten treiben die Vorbereitungen auf einen großen Krieg in Europa voran, alle mit ihren eigenen, spezifischen geostrategischen Interessen: Sie alle wollen im Zuge des Krieges die Welt neu aufteilen, eine bessere Position für das eigene Land und mehr wirtschaftliche Einflussgebiete für die eigenen kapitalistischen Konzerne herausholen. Der NATO kommt als Bündnis der westlichen Mächte eine Schlüsselrolle bei der Kriegsvorbereitung zu. Sie steht bereits seit 75 Jahren für imperialistische Kriegspolitik.

Mobilisierung zum 1. Mai: Es ist unser Kampftag, kein Feiertag!



Inmitten von Aufrüstung, Kriegstreiberei und anhaltenden Teuerungen ist der 1. Mai mehr als ein bloßes Pflichtprogramm – er ist der Kampftag unserer Klasse. > Seite 4

Effektive Streiks tun weh!

Der Streik ist das stärkste Mittel unserer Klasse um unsere Forderungen durchzusetzen. > Seite 5

Vom antikommunistischen Kriegsbündnis zur Vormacht in Osteuropa

Gegründet wurde die NATO (North Atlantic Treaty Organization / Nordatlantikpakt-Organisation) im April 1949 unter der Führung der USA als nordamerikanisch-westeuropäisches antikommunistisches Militärbündnis. Das von der Sowjetunion angeführte sozialistische Lager hatte sich nach dem Sieg der alliierten Mächte über Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg bis nach Mitteleuropa ausgedehnt, Deutschland war geteilt. Der erste Zweck der NATO war die Eindämmung und Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses. Hierzu wurde auch der westdeutsche Staat 1955 ins Bündnis aufgenommen und durfte im Zuge dessen mit der Bundeswehr wieder eine eigene Armee aufbauen. Die NATO-Staaten verpflichteten sich im Falle eines bewaffneten Angriffs auf eines ihrer Mitglieder zur gemeinsamen Verteidigung (Artikel 5 des Nordatlantikvertrags). Die USA bauten im Rahmen der NATO ihre Militärpräsenz in Westeuropa massiv aus, etwa durch Militärbasen in Westdeutschland, Italien und der Türkei. Hierdurch wurden sie auch militärisch zur Hegemonialmacht in der Region. Die NATO war dabei niemals ein homogenes Bündnis, sondern immer von den konkurrierenden Interessen ihrer Mitgliedsstaaten geprägt. Dies ging so weit, dass Frankreich seine Teilnahme an der militärischen Struktur der NATO zwischen 1966 und 2009 ausgesetzt hatte.

Nach dem Ende der Sowjetunion 1991 konnten die westlichen imperialistischen Staaten ihre Macht für einige Jahre nahezu ungehindert ausdehnen. Die NATO begann mit der Erweiterung ihres Einflussgebietes in Osteuropa und auf dem Balkan, führte mehrere Angriffskriege, so etwa 1999 gegen Serbien, 2001 auf Afghanistan und 2011 gegen Libyen, und errichtete Besatzungsregimes in Kosovo und Afghanistan. Hinzu kommen weitere NATO-Militäreinsätze wie z.B. in Bosnien-Herzegowina und Somalia – sowie unzählige von den USA und anderen NATO-Staaten an-

gezettelte Kriege (z.B. Vietnam, Irak), Interventionen und Militärputsche in allen Teilen der Welt seit 1949. Den Bündnisfall nach Artikel 5 rief die NATO nur ein einziges Mal aus, nämlich nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zur Vorbereitung des Überfalls auf Afghanistan.

Ab 1999 nahm die NATO in mehreren Schritten die ehemaligen sozialistischen Staaten Osteuropas (u.a. Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien) auf und rückte mit der Osterweiterung von 2004 und der Aufnahme von Estland, Lettland und Litauen sogar bis auf ehemaliges sowjetisches Territorium vor. Damit stand das Militärbündnis direkt an der russischen Grenze – und damit an der Grenze ihres stärksten Konkurrenten um die Vormacht in Europa und der zweiten großen Atommacht neben den USA. 2008 räumte die NATO auch der Ukraine und Georgien eine Beitrittsperspektive ein, woraufhin Russland mit dem Einmarsch seiner Truppen in Teile Georgiens reagierte. Der Versuch der amerikanisch-europäischen Imperialisten, die Ukraine vollständig aus dem russischen Einflussbereich herauszulösen und hierzu pro-westliche Kräfte an der Macht zu installieren, führte 2014 zum Maidan-Putsch und zum Krieg in der Ostukraine. 2022 griff Russland das Land schließlich an.

Ukraine-Krieg und unterschiedliche Interessen der NATO-Mitglieder

Heute umfasst die NATO 32 Mitgliedsstaaten. Zuletzt traten Finnland und Schweden dem Pakt bei. Damit gibt es zwischen der NATO und Russland keine neutralen Pufferstaaten mehr. Der Krieg um die Ukraine hat die Interessengegensätze in Europa offengelegt und die Vorbereitungsphase für einen direkten zwischen-imperialistischen Krieg eingeleitet – nichts anderes steckt hinter Olaf Scholz' Formel von der „Zeitenwende“. In ihrem neuen Strategischen Konzept von 2022 definiert die NATO Russland als die „größte und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Bündnispartner und für

Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum“.

Im Moment wollen zwar weder die NATO-Staaten noch Russland den offenen Krieg miteinander beginnen: Die ukrainische Armee kämpft daher als Stellvertreterarmee mit westlichen Waffen und westlicher Aufklärung gegen Russland. Dies liegt aber vor allem daran, dass beide Seiten den direkten Krieg möglichst gut vorbereitet führen wollen. In diesem Sinne ist auch Pistorius' Zeithorizont von fünf bis acht Jahren zu verstehen.

Dies steht nicht im Widerspruch dazu, dass sich gerade die Stimmen in den USA und Deutschland mehr, die eine Verhandlungslösung im Ukraine-Krieg fordern. Nach einigen empfindlichen russischen Geländegewinnen in den letzten Monaten könnte ein Waffenstillstand der Ukraine und ihren Verbündeten eine Atempause bringen, um den Krieg später, unter besseren Voraussetzungen fortzusetzen und die russische Armee aus Teilen der besetzten Gebiete zurückzudrängen. Wenn Frankreich und Polen dagegen den Einsatz eigener Truppen in der Ukraine gegen den Protest Deutschlands ins Spiel bringen und das Vereinigte Königreich Deutschland zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern drängen will – was einer Aufgabe strategisch wichtiger Waffensysteme im eigenen Land gleichkäme – offenbart dies nur die konkurrierenden Interessen innerhalb der NATO: Am Ende will auch dort jeder jeden ein bisschen schwächen.

Für die USA dient das Bündnis der Einbindung der europäischen Länder in die Sicherung der eigenen Vormachtstellung in der Welt – auch um sich in Zukunft vor allem auf die Pazifikregion und den Kampf gegen den Aufstieg Chinas fokussieren zu können. Deutschland verfolgt dagegen die Strategie, sich innerhalb der NATO an die US-Militärmacht anzulehnen und dabei die eigenen hegemonialen Interessen in Mittel- und Osteuropa voranzutreiben. Dafür ist es jetzt auch bereit, selbst aufzurücken und zur Kriegsmacht zu werden.

Eine friedliche Welt nur im Kampf gegen den Imperialismus

Die NATO ist ein aggressives Kriegsbündnis, das seinen Mitgliedsstaaten zur Beförderung ihrer Herrschaftsinteressen in Europa dient und das heute vor allem den Krieg gegen Russland vorbereitet. Das bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass der russische Staat in irgendeiner Weise eine fortschrittliche Rolle in der Weltpolitik spielen würde – auch wenn Putin versucht, den Krieg in der Ukraine als antifaschistisch darzustellen.

Russland verfolgt ebensolche imperialistischen Interessen in Europa und der Welt wie die westlichen Staaten, wie es mit seinem Überfall auf die Ukraine und seinem Eingreifen in den Syrien-Krieg ausgiebig unter Beweis gestellt hat. Dasselbe gilt für China und den Iran, die in der aktuellen Weltlage enge Beziehungen zu Russland unterhalten. All diese Mächte sind über kurz oder lang an einem großen Krieg um die Neuaufteilung der Welt interessiert, aus dem sie möglichst als Sieger hervorgehen möchten. Sie unterscheiden sich allenfalls darin, wann sie einen solchen Krieg für sich für vorteilhaft halten und welche Rolle sie in diesem spielen können.

Der Kriegsgefahr entgegenzutreten kann daher nicht heißen, sich auf die Seite der einen oder anderen imperialistischen Macht zu schlagen. Denn sie alle zetteln Kriege im Interesse ihrer eigenen Konzerne und Finanzgruppen an, und werden nicht zögern, dafür Millionen Arbeiter:innen und Ausgebeutete zu verheizen. Für uns in Deutschland bedeutet das, dass wir vor allem den Kriegsvorbereitungen im eigenen Land entgegenzutreten müssen, dem Ausbau von Waffenfabriken, der Militarisierung von Staat und Gesellschaft, den Zivilschutzübungen in Schulen und den Vorstößen für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht. Eine friedliche Welt können wir nur im Kampf gegen den Imperialismus schaffen.





Wehrpflicht in Deutschland? Jugend leistet Widerstand!

Wehrpflicht wie in Schweden? Laut dem Verteidigungsminister ist das die favorisierte Variante, um Deutschland möglichst schnell zu einem „kriegstüchtigen“ Land zu entwickeln. Die Bundeswehr soll möglichst schnell wieder kriegsfähig gemacht werden. Dagegen braucht es organisierten Widerstand, insbesondere durch die Jugend. - Ein Kommentar von Ruby Pfeifer

Mit regelmäßig aufkommenden Debatten über die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und Drohungen, dass in wenigen Jahren ein Krieg in Europa herrschen könnte, sollen die Arbeiter:innen auf den eingeschlagenen Weg der Aufrüstung und Militarisierung eingestimmt werden.

Verteidigungsminister Boris Pistorius hat es sich zur Aufgabe gemacht, Deutschland auf einen Krieg vorzubereiten und dafür braucht es nicht nur Geld, sondern vor allem auch eine ideologische Vorarbeit. Während die Kapitalist:innen möglichst schnell eine Antwort auf die zunehmenden Krisen und die Kriegsgefahr benötigen, stehen sie aktuell vor der Aufgabe, auch die Arbeiter:innen und besonders die Jugend für ihre Machtkämpfe zu begeistern.

Der Abstand, in dem es Diskussionen über die Wehrpflicht in die Nachrichten schaffen, werden zunehmend kürzer. Mit der „Schweden-Variante“ werden erste konkrete Vorschläge in die Gesellschaft getragen.

Geld alleine reicht ihnen nicht

Der deutsche Staat arbeitet seit Beginn des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 auf Hochtouren, um das gesamte Land auf Krieg einzustimmen. Das 100 Milliarden-Paket und die Zeitenwende-Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz waren, wie sich aktuell in aller Deutlichkeit zeigt, erst der Anfang. Mit dem Haushaltsplan entbrannte die Debatte der Geldbeschaffung für die Bundeswehr erneut: Während in sozialen Bereichen und im Gesundheitswesen vor allem Kürzungen geplant sind, erwartet die Bundeswehr ein neuer Höchstwert an finanziellen Mitteln.

Seit zwei Jahren wird aber nicht nur finanziell, sondern auch ideologisch daran gearbeitet, die Stimmung der Gesellschaft zu wandeln. Es ist deshalb auch Taktik, wenn Pistorius äußert, dass in fünf bis acht Jahren wieder Krieg in Europa herrschen könne oder dass die Aussetzung der Wehrpflicht ein Fehler gewesen sei. Es soll den Diskussionsrahmen verschieben, wenn über die „Schlagkräftigkeit“ der Bundeswehr gesprochen wird und die Debatte über Wehrpflicht erneut entbrennt.

Stück für Stück wird der Weg zu neuen Kriegen geebnet und der dadurch mit Sicherheit aufkommende Widerstand vor allem von jungen Arbeiter:innen soll damit möglichst vorher abgefangen werden. Zusätzlich dazu wird Unsicherheit und Angst geschürt. Die Aufmerksamkeit wird abgelenkt von der Ungerechtigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse. Dass imperialistische Kriegsvorbereitungen keinen Frieden schaffen und die anvisierte „kriegstüchtige“ Bundeswehr wohl nicht nur abschrecken, sondern sich vor allem an zukünftigen Kriegen beteiligen soll, wird wohlweislich verschwiegen.

Deutsche Verteidigungsmacht oder ein neuer Verteilungskrieg?

Zwar wird bisher vor allem davon gesprochen, dass Deutschland sich im Falle eines Krieges verteidigen müsse. Die Interessen, die dahinterstehen, sind jedoch breiter: Die herrschenden Kapitalist:innen haben nicht nur ein Interesse daran, ihr Vermögen innerhalb Deutschlands zu verteidigen. Vielmehr geht es ihnen darum, ihre Konkurrenz zurückzudrängen und

neue Einflussgebiete zu gewinnen – und dafür auch Kriege zu führen. Aussagen von einem „krisenfesten“ oder „wehrtüchtigen“ Deutschland sind es, die den Krieg näher an die Arbeiter:innen bringen sollen. Sie bringen Einstimmung nicht nur auf eine Militarisierung nach innen, sondern vor allem auch auf mögliche militärische Einsätze im Ausland.

Jugend besonders im Fokus

Besonders Schüler:innen, Auszubildende und Student:innen stehen im Fokus der Debatte. Denn die geplante schlagkräftige Bundeswehr kann nicht ohne eine neue Generation von Soldat:innen entstehen. Die Aufgabe des Bildungssystems bestand lange vor allem darin, Jugendliche auf die bevorstehende Lohnarbeit vorzubereiten und zu überzeugten Staatsbürger:innen zu erziehen. Die neue Aufgabe besteht darin, diese Generation nun auch für die Bundeswehr zu begeistern. Die Kapitalist:innen benötigen eine Vielzahl an jungen Erwachsenen, die ideologisch und körperlich darauf eingestellt sind, in den Krieg zu ziehen. Das bekräftigt die Aussage der Bildungsministerin Stark-Watzinger, die Zivilschutzübungen an Schulen fordert, um ein „unverkramptes Verhältnis zur Bundeswehr“ zu erlangen und die Jugend auf „Katastrophenfälle“ vorzubereiten. Neben Pandemieausbrüchen und Umweltkatastrophen, meint sie damit vor allem auch Kriege.

Aktiv werden gegen Krieg und Krise

Weder vom Krieg noch von der Wehrpflicht profitieren die jugendlichen

Arbeiter:innen. Die sich zuspitzende Debatte zeigt vor allem, dass der deutsche Staat und dahinter die Kapitalist:innen, sich möglichst schnell darauf vorbereiten müssen, ihre Interessen auch militärisch auf der Welt durchzusetzen. Dass dies nicht die Interessen der Arbeiter:innen sind, zeigt sich durchaus plastisch an geplanten Kürzungen im sozialen Bereich: Die Schließung von Jugendzentren und sanierungsbedürftige Schulen sind dabei kaum einer Erwähnung wert. Auch das Gesundheitssystem wird seit Jahrzehnten kaputt gespart. Dass aktuell immense Summen in den Verteidigungsetat fließen, beweist: Das Geld ist da, es wird nur nicht im Interesse der Mehrheit ausgegeben.

Mit der zunehmenden Gefahr von Umweltkatastrophen, der aktuellen Wirtschaftskrise und Kriegen, die Gefahr laufen sich weiter auszuweiten, sind es die Jugendlichen, die vor einer Welt ohne Perspektiven stehen. Umso wichtiger wird es deshalb, die notwendigen Schritte selbst zu gehen und den Kampf dagegen im eigenen Interesse zu führen.

In Schulen, Universitäten und Betrieben sollen Jugendliche dazu ausgebildet werden, eine Welt am Laufen zu halten, die keine Perspektive für diese Generation bereithält. Aber gerade die Jugend mit ihrer hohen Veränderungsbereitschaft hat auch besonderes Potenzial, für eine Welt jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen. Der Kampf gegen die Militarisierung bedeutet, eine Antwort auf die Kriegstreiberei der Herrschenden zu liefern. Eine Antwort, die im Interesse der Arbeiter:innen liegt und insbesondere der Jugend.

Am 1. Mai muss es wieder heißen: Es ist unser Kampftag, kein Feiertag!

Am 1. Mai demonstrieren auf der ganzen Welt Arbeiter:innen gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung. Inmitten von Aufrüstung, Kriegstreiberei und anhaltenden Teuerungen ist dieser Tag mehr als bloßes Pflichtprogramm – er ist der Kampftag unserer Klasse. – Ein Kommentar von Mohannad Lamees

Eigentlich könnten wir uns es am 1. Mai doch gemütlich machen: Zum Feiertag in Ruhe frühstücken, vielleicht einen Spaziergang und das Maiwetter genießen, Erholung suchen vom harten Arbeitsalltag. Es gibt doch ohnehin jede Woche mehrere Demonstrationen, warum ist ausgerechnet das Demonstrieren am 1. Mai so besonders?

Kämpferische Tradition aufleben lassen

Zum einen hat der Tag eine große historische Bedeutung. Der 1. Mai ist ein Tag, den sich die Arbeiter:innen als „ihren“ Tag gegen große Widerstände erkämpfen mussten. Zum ersten Mal legten die Arbeiter:innen in Deutschland im Jahr 1890 zum Maitag massenhaft die Arbeit nieder und streikten so für bessere Arbeitsbedingungen. Den Kapitalist:innen war dieser jährliche Streiktag fortan selbstverständlich ein Dorn im Auge: Sie reagierten mit Entlassungen und Maßregelungen. Prangte in den Arbeitsbüchern der Stempel „Entlassen am 2. Mai“, so fanden die kämpferischen Arbeiter:innen nur schwer wieder Arbeit – die Kapitalist:innen hielten zusammen und erzwangen so oft, dass Arbeiter:innen erst aus ihren Gewerkschaften austreten mussten, bevor sie sie wieder anstellten.

Doch auch in der sich immer stärker formierenden Arbeiter:innenbewe-

gung selbst gab es Uneinigkeit über die Ausrichtung der „Maifeier“: War wirklich ein Streik notwendig? Lieferte man so nicht den Kapitalist:innen mehr Argumente für ihre Unterdrückung und ihre Strafen? Anhand der Frage des Auftretens am 1. Mai wurden mehr und mehr die grundlegenden Unterschiede der verschiedenen Strategien der Arbeiter:innenorganisationen sichtbar. Während einige sozialdemokratische Politiker:innen am Anfang des 20. Jahrhunderts sogar für ein Ende der Maistreiks argumentierten, verteidigten besonders die Kommunist:innen den 1. Mai als Kampftag.

Diese Uneinigkeit spitzte sich immer weiter zu. Im Jahr 1929 verboten die regierenden Sozialdemokrat:innen in Berlin sogar den Arbeiter:innen zum 1. Mai auf die Straße zu gehen. Die Kommunist:innen leisteten Widerstand und riefen die organisierten Arbeiter:innen trotz des Verbots zum Demonstrieren auf. Weil die Berliner Polizei in den Arbeiter:innenvierteln brutal gegen die Demonstrationen vorging und 33 Arbeiter:innen ermordete, sprechen wir noch heute vom „Blutmai“.

Die Faschist:innen liquidierten den 1. Mai als Kampftag nach 1933 völlig und führten den noch heute gültigen Feiertag ein – jedoch nicht, um den Arbeiter:innen etwas Gutes zu tun, sondern um Massenstreiks von vornherein zu verunmöglichen. Stattdes-

sen veranstalteten die Nazis Militärparaden und Aufmärsche.

Die politische Bedeutung zurückerkämpfen

Und heute? Auch heute ist der 1. Mai ein Tag, an dem wir Arbeiter:innen uns „unseren“ Tag gegen große Widerstände erkämpfen müssen. Größere revolutionäre Demonstrationen werden immer wieder als „Krawalle“ verunglimpft, um so ihre politischen, gegen das kapitalistische System und gegen unsere andauernde Ausbeutung gerichteten Botschaften zu entkräften. Bei vielen DGB-Demos müssen wir uns gleichzeitig stundenlange Reden von regierenden Politiker:innen, die für unsere schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen mitverantwortlich sind, anhören.

Während auch heutzutage die Herrschenden den 1. Mai für ihre Zwecke benutzen, erkämpfen sich viele Arbeiter:innen ihren Kampftag Stück für Stück wieder zurück. Mit der auf vielen Maidemonstrationen immer wieder gerufenen Parole „Heute ist kein Feiertag, heute ist Kampftag“ machen sie deutlich: unsere Klasse will keine langweiligen Paraden, keine Volksfeststimmung und keine Rave-Party.

Was wir wollen und brauchen ist ein 1. Mai, an dem die verschiedenen Arbeiter:innen zusammen auf die Straße gehen und gemeinsam für

ein Ende ihrer Ausbeutung und Unterdrückung demonstrieren. Heute mangelt es in unserer Klasse nicht an Spaltung und Uneinigkeit. Zum 1. Mai haben wir die Möglichkeit, die Solidarität unter uns Klassengeschwestern aufleben zu lassen und ihr einen starken Ausdruck zu verleihen. In ganz Deutschland schließen sich deswegen die organisierten und kämpferischen Arbeiter:innen den DGB-Demos an und machen dort sozialistische Positionen sichtbar. In Städten wie Berlin und Hamburg organisieren sie außerdem größere revolutionäre Demonstrationen mit Blöcken aus verschiedenen revolutionären Strömungen, bei denen der gemeinsame Kampf gegen das kapitalistische System im Vordergrund steht.

Der 1. Mai ist ein Tag, an dem wir uns gewahr werden können, zu was wir in der Lage sind, wenn wir uns in größerer Zahl zusammenschließen und die Straßen nehmen. Schlussendlich werden wir auch in Zukunft die Entwicklung der Arbeiter:innenbewegung in Deutschland und ihre grundlegende Ausrichtung besonders an der Gestaltung des 1. Mails als größten Kampftag unserer Klasse ablesen können. Die organisierten Teile unserer Klasse stellen schon heute die Weichen für eine klassenkämpferische Zukunft – zum 1. Mai und jeden Tag.

Aufruf der Föderation Klassenkämpferischer Organisationen zum 1. Mai: „Milliardäre stürzen, Kriegstreiber entwaffnen, Sozialismus erkämpfen“

(...) Zehntausende waren auf der Straße gegen die AfD, Lokführer:innen streikten tagelang für bessere Arbeitsbedingungen, die bäuerliche Bevölkerung ging gegen Kürzungen auf die Straße, täglich finden Aktionen gegen den Krieg in Gaza statt.

Diese Bewegungen laufen noch getrennt von einander. Dabei gibt es ein verbindendes Element. Sie alle kämpfen gegen Symptome dieses kapitalistischen Systems! Der Kapitalismus trägt Faschismus, Lohnkürzung, Sozialabbau und Krieg in sich wie die Wolken den Regen. Dasselbe gilt für

Umweltzerstörung, Unterdrückung von Frauen und Wirtschaftskrise.

Doch dieser Kapitalismus an sich ist kein Naturgesetz, er ist nicht alternativlos. Wie wollen wir in Zukunft leben, wo ist dieser Ausweg aus all den Krisen? Als Föderation Klassenkämpferischer Organisationen denken wir, dass der Sozialismus dieser Ausweg ist. (...)

Die sozialistische Gesellschaft entsteht nicht von heute auf morgen. Sie benötigt viel Engagement und Selbstveränderung bei uns – sie benötigt Kampf und Organisation. (...)

Der 1. Mai ist der Tag, der symbolisch genau dafür steht. Er ist der Kampftag, an dem auf der ganzen Welt unsere Klasse auf die Straße geht um zu sagen:

Milliardäre stürzen, Kriegstreiber entwaffnen – Schluss mit diesem Krisen-System!

Her mit einer gerechten, friedlichen Welt, her mit dem Sozialismus!



Den ganzen Aufruf und Termine zum 1. Mai unter:
federation-klassenkampf.org

Effektive Streiks tun weh!

Mit Zuspitzung der Krisen und Spardiktaten der Bundesregierung sehen wir auch eine Zunahme an Protesten und Arbeitskämpfen. Die Kapitalist:innen fürchten sich vor dem „Mega-Streik“ und vor einem „Super Streikjahr“. Zurecht, denn das stärkste Mittel unserer Klasse, um unsere Forderungen durchzusetzen, ist und bleibt der Streik, kommentiert Joleen Haupt

Im Februar fanden bundesweit Warnstreiks im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) statt. In 14 Bundesländern werden derzeit von Verdi neue Tarifverträge verhandelt. Diese Streiks wurden unterstützt von Fridays for Future (FFF), welche unter dem Motto „Wir fahren zusammen“ zum Aktionstag aufriefen. Das gemeinsame Bündnis von Verdi und FFF fordert Mobilität für alle und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im ÖPNV. Nach dem gemeinsamen Streikauftakt folgten weitere lokale Streiks der einzelnen Verkehrsunternehmen. Unbefristete Streiks könnten folgen.

Minijobber:innen als Streikbrecher:innen

Auch die aktuelle Tarifrunde im Einzelhandel dauert bereits seit mehr als neun Monaten an, mindestens 2,50€ mehr Stundenlohn bei einer Laufzeit von einem Jahr fordert Verdi. Im Mittelpunkt der Streiks stand vor allem der Konzern Edeka. Was wir bisher nicht erlebt haben sind geschlossene Supermärkte. Eigentlich ging an den Streiktagen fast alles seinen gewohnten Gang. Das liegt an der geringen Streikbeteiligung. So haben in Berlin und Brandenburg am 16.02. etwa 1600 Beschäftigte gestreikt. Woran liegt das? Im Einzelhandel sind viele Kolleg:innen atypisch beschäftigt, z.B. in Form von Minijobs und wissen nicht, dass sie mitstreiken dürfen. Diese Kolleg:innen sowie Scheinselbständige, die über Plattformen angeheuert sind, werden häufig als Streikbrecher:innen eingesetzt. Außerdem werden die Informationen zu den Streiks von der Gewerkschaft kaum an die Kolleg:innen im Betrieb getragen. Effektiver laufen dabei die Streiks im Großhandel, wo sie in den Zentrallagern örtlich zu leeren Regalen führten.

Wenn Betreiber streiken

In Berlin ereignete sich eine andere Form des Arbeitskampfes. Die AWO als „Arbeitgeber“ schloss für zwei Tage selber seine Kitas und andere Einrichtungen wie Jugendclubs, um Druck auf den Senat für die Hauptstadtzulage zu machen. Diese wurde im Herbst noch allen Kolleg:innen versprochen, was dann als „Kommunikationsfehler“ abgetan und zurück-

gezogen wurde. Die Kolleg:innen der Freien Träger, die bereits vorher weniger als im öffentlichen Dienst verdienten, sind entsprechend sauer. Die freien Träger sehen sich nun im Kampf um die wenigen Fachkräfte gezwungen, selbst Maßnahmen zu ergreifen, um die Hauptstadtzulage zu erwirken.

Angriffe auf das Streikrecht

Seit November 2023 kämpften die Kolleg:innen der Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) für einen neuen Tarifabschluss. Die Forderungen – Inflationsausgleich und Einführung

Der Streik der Lokführer:innen wurde begleitet von einer öffentlichen und medialen Diffamierungskampagne. In den Fernsehnachrichten sahen wir Interviews mit genervten Passagier:innen, die sagen, dass das Maß jetzt voll sei, in Zeitungen prangen die Titel wie: „Dieser Arbeitskampf richtet sich gegen jeden einzelnen von uns“ (Welt, 11.03.2024). Zumeist richtet sich die Wut gegen die streikenden Kolleg:innen oder GDL-Chef Weselsky, nicht gegen die Deutsche Bahn, die die legitimen Forderungen nach Inflationsausgleich und die Einführung einer 35-Stunden-Woche im Schichtdienst ablehnte.

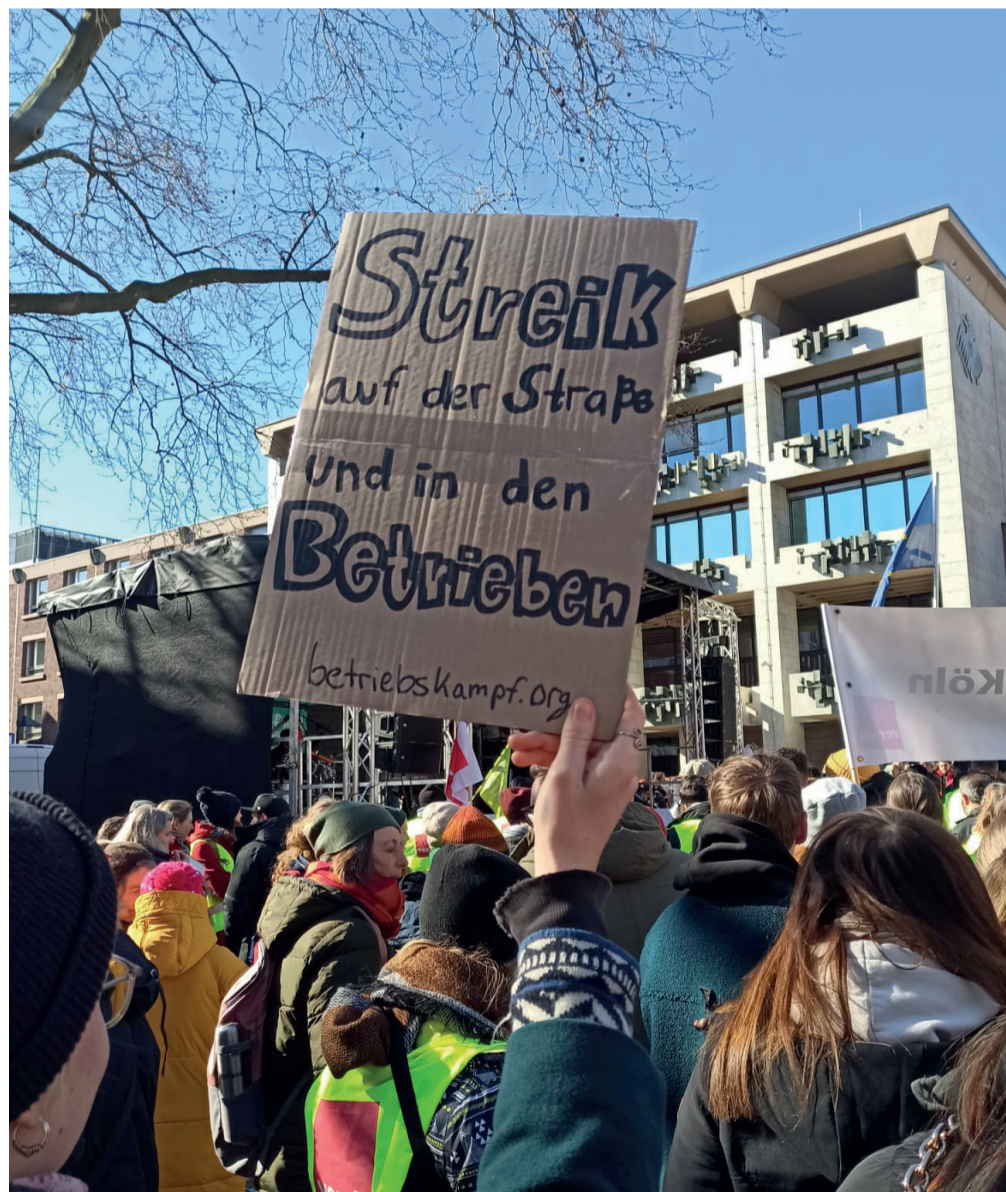
Gesetzgebung „ja ein Gesetz erlassen [kann], mit dem man Streiks in Betrieben der Daseinsvorsorge begrenzt, in dem man zum Beispiel eine Ankündigungsfrist von vier Tagen einführt.“ Auch FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai fordert eine Einschränkung des Streikrechts.

Immer wieder wird dabei von der Verhältnismäßigkeit der Streiks gesprochen. Mit keiner Silbe wird erwähnt, dass der Konzern, die Deutsche Bahn, auch einfach die Forderungen der Gewerkschaft annehmen kann. Dass die GDL eine besonders streikfreundliche Gewerkschaft ist, liegt keineswegs daran, dass Weselsky fortschrittlicher ist als andere Gewerkschaftsbosse, sondern daran, dass die GDL ihre Existenz sichern muss. Sie steht in Konkurrenz zur viel größeren EVG und nur durch die Sicherung der Mehrzahl an Lokführer:innen bleibt sie bestehen.

Effektive Streiks tun weh

Wir merken, dass die Streiks immer dann besonders schnell angegriffen werden, wenn sie dem Kapital weh tun. Der Güterverkehr, der an den Lokführer:innen hängt, kann nicht einfach auf LKWs verlegt werden. Ein längerer Streik der Kolleg:innen bedroht die Profite der deutschen Kapitalist:innen. Zudem ist die Organisation der Gewerkschaft und damit auch die Streikbeteiligung bei den Lokführer:innen viel höher als beispielsweise im Einzelhandel, sodass die Streiks auch effektiver sind. Der Aufschrei von Politik und Presse bei Streiks im öffentlichen Dienst oder an Krankenhäusern ist nicht annähernd so laut, was eben daran liegt, dass hier nicht direkt wichtige Wirtschaftszweige bestreikt werden, die Produktionsmacht der Kolleg:innen geringer ist.

Für uns Arbeiter:innen ist die logische Konsequenz, unsere Kämpfe zusammenzuführen, solidarisch mit allen Streikenden zu sein, Streiks und politische Kämpfe, wie die gegen Kürzungen oder Klimawandel, zu verbinden. Was wir gerade zu spüren bekommen, ist eine Abwälzung der Kosten von Wirtschaftskrise und Aufrüstung auf unserem Rücken und genau dagegen müssen wir uns wehren. Dafür ist der Streik unsere stärkste Waffe.



einer 35-Stunden Woche innerhalb der nächsten fünf Jahre für Schichtarbeitende. Diese Forderungen sind weder absurd noch überzogen, trotzdem mauert die Deutsche Bahn. Um die Forderungen durchzusetzen, rief die GDL mehrfach dieses Jahr zum Streik auf, erst fünf Tage im Januar, dann 35 Stunden Anfang März und nochmals 24 Stunden Warnstreik im März.

Wir müssen die Attacken gegen die streikenden Lokführer:innen und die GDL sehr ernst nehmen. Anhand dieses Streiks wird derzeit versucht, das in der BRD schon begrenzte Streikrecht noch weiter zu beschneiden. Mehrfach ging die Deutsche Bahn vor Gericht gegen die Streiks vor, zuletzt, um die sogenannte Wellenstreiktaktik anzugreifen. Vor Gericht wurde der Eilantrag abgelehnt, jedoch sagte Richter Horch in dem Zuge, dass die

8 Femizide innerhalb von 3 Tagen: Andere Täter, dasselbe Motiv

In Wien wurden an einem Tag fünf Femizide begangen, in Deutschland drei Tage später vier Morde mit patriarchalem Motiv. Diese Morde sind keine Einzelfälle, sondern haben System. - Ein Kommentar von Julia Wolff

Immer wieder werden unterschiedliche Fälle von besonders brutalen Femiziden und Morden aufgrund patriarchaler Motive bekannt. Ein Femizid (aus dem Lateinischen: Frauenmord) bezeichnet den Mord an einer Frau aufgrund ihres Geschlechts. Frauen werden ermordet, weil sie Frauen sind. Sie werden ermordet, weil ihre (Ex-)Partner, Brüder und Väter glauben, einen absoluten Besitzanspruch auf ihr Leben zu haben.

Einige Beispiele aus den letzten Wochen: Am 23. Februar wurden in Österreich fünf Femizide an einem Tag verübt. In Wien wurden drei Frauen mutmaßlich von einem 27-jährigen Mann brutal ermordet. Die drei Leichen wurden in einem Bordell in Wien gefunden, der mutmaßliche Täter wurde mit der Waffe in der Hand nicht weit entfernt vom Tatort festgenommen. Am selben Tag erwürgte mutmaßlich ein österreichischer Buchhalter seine Ehefrau sowie seine dreizehnjährige Tochter. Der Tatverdächtige wurde später tot aufgefunden.

In Niedersachsen soll ein Bundeswehrsoldat in der Nacht vom 29. Februar vier Menschen erschossen haben. Alle Opfer gehörten dem Umfeld seiner Ex-Partnerin an, die sich von ihm getrennt hatte. Unter den Opfern sind der 30-jährige Lebensgefährte der Ex-Partnerin, seine 55-jährige Mutter, eine 30 Jahre alte Freundin sowie deren 3-jährige Tochter. Der Soldat stellte sich anschließend der

Polizei. Kurz vor der Tat hatte die Ex-Partnerin den mutmaßlichen Täter angezeigt, da er sie und ihren Partner bedroht haben soll. Die Polizei hielt eine Gefährderansprache. Dass diese Präventionsmaßnahme nicht viel gegen die drohende Gewalt ausrichtete, ist offensichtlich.

Femizide sind keine Einzelfälle

In vielen Medien wird, wenn überhaupt über Femizide berichtet wird, von Familientragödien oder Beziehungstaten gesprochen. Als Grund für die Tat wird häufig die von der Frau gewünschte Trennung genannt. Doch nicht die Entscheidung einer Frau, ihr Leben selbstbestimmt zu leben, tötet, sondern das grausame Verbrechen des Täters. Bei Femiziden handelt es sich nicht um Einzelfälle, nicht um Tragödien innerhalb der Familie, sie sind Folge des gesellschaftlich herrschenden patriarchal-kapitalistischen Systems. Femizide sind dabei die Spitze patriarchaler Gewalt. Gewalt, die mit sexistischen Beleidigungen und Schubsen im Streit beginnt und im schlimmsten Fall tödlich endet. In Deutschland greift alle 45 Minuten ein Mann eine Frau an. Jeden Tag versucht ein Mann in Deutschland eine Frau umzubringen. Jeden dritten Tag gelingt es, ein Mann begeht einen Femizid. Im Jahr 2024 sollen in Deutschland bereits 21 Femizide verübt worden sein. Die Dunkelziffer liegt vermutlich deutlich höher.

In diese Serie patriarchal motivierter Morde reihen sich auch die vor Kurzem begangenen Morde aus Österreich und Deutschland ein. Dass die Morde in Niedersachsen nach der Trennung der Frau stattfanden, ist nicht ungewöhnlich. Die gefährlichste Zeit für Frauen ist die Zeit, nachdem sie sich getrennt haben. Der Täter und seine Taten richteten sich gezielt gegen die ehemalige Partnerin, ihren neuen Partner, sowie ihr Umfeld. Die Taten wurden begangen, weil der Täter seine Ex-Partnerin als sein Eigentum betrachtete.

Und auch die Fälle in Österreich zeugen von diesem Motiv. Besonders der brutale Mord an den drei Frauen aus der Prostitution. Sie tragen ein besonders hohes Risiko Gewalt zu erleben. Viele Frauen aus der Prostitution haben bereits vorher schon in ihrem Leben Gewalt erfahren. Gleichzeitig sind Freier neben Beziehungspartnern die am zweithäufigsten genannte Tätergruppe, wenn es um körperliche und sexualisierte Gewalt geht. Frauen werden hierbei als Ware betrachtet, die dem Freier zur Verfügung steht. Hier spiegelt sich deutlich der Besitzanspruch und Frauenhass wieder.

Dieses System hilft uns nicht: Wir müssen uns organisieren!

Wir leben in Zeiten, in denen Krieg, Krise und Teuerungen vorherrschen. Bedingungen, die Gewalt an Frauen

begünstigen. Frauen werden in die finanzielle Abhängigkeit gedrängt und Gewaltsituationen verschärfen sich. Gleichzeitig sind Frauenhäuser und Unterstützungseinrichtungen massiv unterfinanziert. Die Kürzungen durch den Haushaltsplan der Bundesregierung werden diese Zustände zusätzlich verschärfen. Hinzu kommt, dass die Schutzmaßnahmen des Staates in keinsten Weise ausreichen. Das können wir an dem Beispiel in Niedersachsen gut erkennen. Die Ex-Partnerin hatte sich bereits an die Polizei gewandt und es wurde eine Präventionsmaßnahme ergriffen. Eine Maßnahme, die jedoch weder deeskalierend noch ausreichend war. Viel zu häufig erfahren Frauen Gewalt, können diese aber nicht beweisen und es wird ihnen nicht geglaubt. Viel zu häufig wenden sich Frauen an die Polizei, weil ihnen gedroht wird. Doch damit sie in irgendeiner Weise Schutz erfahren, muss erst etwas passiert sein, damit die Polizei eingreifen kann. Und selbst dann sind diese Schutzmaßnahmen in den meisten Fällen nicht ausreichend. Wir können also sehen, dass wir uns nicht auf diesen Staat verlassen können, wenn es um den Schutz vor patriarchaler Gewalt geht!

Gewalt an Frauen hat die Funktion, die Unterdrückung der Frau sowie die Vormachtstellung des Mannes aufrecht zu erhalten. Frauen sollen durch diese Gewalt klein gehalten und davon abgebracht werden, Widerstand zu leisten. Damit wird letztlich das kapitalistisch-patriarchale System aufrecht erhalten. Das Hilfesystem in Deutschland betreibt also lediglich Symptombekämpfung, anstatt Gewalt an Frauen an der Wurzel zu packen.

Doch wenn der Staat es nicht tut, dann müssen wir das eben tun! Um dieser Gewalt, um diesem System etwas entgegen zu setzen braucht es also einen organisierten gemeinsamen Kampf aller werktätigen Frauen gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung. Nur so können wir uns befreien, nur so werden wir uns befreien.



Hetze gegen Links: Noch Medienhaus oder schon Repressionsbehörde?

Konzerne und der deutsche Staat schauen nicht lange zu, wenn der Widerstand gegen sie wächst. Um ihn in die Schranken zu weisen, haben sie eine Vielzahl an staatlichen Behörden – und eine Medienlandschaft, die sich ebenfalls gern nützlich macht. - Ein Kommentar von Ivan Barker

Dieses System zum Besseren verändern – zumindest in Worten formulieren viele Menschen dieses Ziel, die sich als links verstehen. Die Mittel und Wege, die verschiedene Gruppen und Organisationen dabei wählen, sind unterschiedlich. Welche am Ende die richtigen sind, um das gesteckte Ziel zu erreichen, kann sich schlussendlich nur durch ihre Umsetzung überprüfen lassen.

Gewalt darf nur der Staat – im Auftrag der Konzerne

In der Vergangenheit sind dabei in Deutschland manche Gruppen weiter gegangen als andere, insbesondere was das aktive Handeln angeht. Ob es sich um die Beschädigung von Objekten oder die Gewaltanwendung gegen Personen handelt. An diesem Punkt sprechen Politiker:innen, Polizei und Verfassungsschutz meist vom sogenannten „Linksextremismus“ oder gar „Linksterrorismus“. Mit diesen Begriffen soll eine Ähnlichkeit von Rechts und Links hergestellt werden, die vor allem auf einer vermeintlich gleichartigen Gewalttätigkeit beruht. Vollständig außer Acht gelassen werden dabei jegliche Unterschiede in politischen Motivationen, Methoden und Zielen.

Grund dafür ist die Beanspruchung des Monopols auf Gewalt durch den Staatsapparat. Ein Grundsatz der Demokratie sei schließlich, dass nur der Staat das Recht habe, Gewalt auszuüben. In welchem Interesse er das tut, wird meistens unter den Tisch gekehrt. Dabei beweist er es oft genug, wenn die Bundeswehr in anderen Ländern strategisch wichtige und rohstoffreiche Gebiete für Großkonzerne angreift und besetzt und die Polizei im Inland Proteste gegen dieses System niederschlägt.

Die Angst vor dem „linken Terrorismus“

Einen besonderen Dienst leisten die großen Medienhäuser und viele ihrer Journalist:innen, wenn es darum geht, das Bild vom rechtmäßigen

Gewaltmonopol des Staates in den Köpfen der Menschen zu festigen. Sie greifen zum Beispiel Pressemitteilungen vom Innenministerium und den Polizeistellen auf und geben diese unhinterfragt wieder, als wären es Fakten. Oder sie gehen ein paar Schritte weiter und erschaffen selbst die Stimmung, die den Boden für diese Behörden bereitet, die Niederhaltung von Protesten unwidersprochen durchzusetzen.



So finden immer wieder Hetzjagden auf linke Organisationen statt – selbst, wenn es diese seit fast 30 Jahren nicht mehr gibt. Die drei Generationen der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) sind wohl das bekannteste Beispiel für den bewaffneten Kampf gegen den Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland. Die mediale Hetze gegen die RAF, die in den 1970er Jahren von den Medien des Springer-Konzerns angeführt wurde, wurde rund um die Festnahme von Daniela Klette in Berlin wieder aufgewärmt. Ihr wird vorgeworfen, Teil der dritten RAF-Generation gewesen zu sein. Insbesondere eine Solidaritätsdemonstration für Klette im März befeuerte die Journalist:innen noch einmal. Beim „Focus“ schrieb man sich sogar eine womöglich vierte RAF-Generation aus den Teilnehmer:innen zusammen.

Ein weiteres Ereignis, das im März als Rechtfertigung für die Angst vor dem „linken Terrorismus“ dienen sollte, war das Anzünden eines Strommastes in Brandenburg, dessen Ausfall die Tesla-Fabrik bei Grünheide für mehrere Tage lahmlegte. Dazu bekannt haben soll sich eine Gruppe namens „Vulkangruppe“, die unter wechselnden Namen auch schon in der Vergangenheit ähnliche Aktionen durchgeführt haben soll. Bundesin-

Posts von zwei Personen auf der Plattform X für die „Welt am Sonntag“ zum Anlass, nach ihren Arbeitsstellen zu recherchieren, diese über den „Israelhass“ ihrer Mitarbeiter zu informieren und einen Artikel zu veröffentlichen, an dessen Ende ihre Entlassung durch den Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft gefordert wurde. Hier werden von Journalist:innen teilweise Methoden des Inlandgeheimdienstes Verfassungsschutz übernommen, um Menschen davon abzuhalten, sich gegen Unterdrückung und Kriege einzusetzen und ihre Meinung öffentlich zu äußern.

Selbst die Stimmung beeinflussen!

Die bürgerlichen Medien, die nicht nur für andere Konzerne schreiben, sondern häufig selbst großen kapitalistischen Unternehmen gehören, stellen ein nützliches Werkzeug für den Erhalt der kapitalistischen Ordnung dar. Sie unterstützen die Repressionsbehörden in ihrer Arbeit, wenn sie ihre Formulierungen wiederholen, Fahndungsfotos und -plakate abdrucken, oder übernehmen selbst ihre Aufgaben beim Recherchieren über vermeintliche „Terrorist:innen“. Dabei versuchen sie gezielt, die Stimmung in der breiten Bevölkerung dementsprechend zu beeinflussen – und es gelingt ihnen auch immer wieder. Das hat zum Beispiel der Anstieg an vermeintlichen Hinweisen aus der Bevölkerung zu den gesuchten RAF-Mitgliedern gezeigt.

Angesichts dessen bleibt es umso wichtiger, den bürgerlichen Journalist:innen und ihrer Hetze etwas entgegen zu setzen. Ihre Wirkung kann nur so weit gehen, wie wir es auch zulassen. Ob unsere Mitschüler:innen und Kolleg:innen nur das Bild der blutrünstigen „Linksterrorist:innen“ und der palästinensischen „Antisemit:innen“ im Kopf haben, oder ob dem etwas entgegengesetzt wird, kann häufig allein davon abhängen, ob wir uns trauen, mit ihnen darüber in Diskussionen zu treten.

Journalistische Geheimdienstarbeit

Eine andere Art, wie sich bürgerliche Journalist:innen an der Jagd auf Widerstand beteiligen, ist das Recherchieren und Veröffentlichen von persönlichen Informationen. Es trifft in den letzten Monaten besonders häufig palästinensische und palästina-solidarische Aktivist:innen. Im März wurden palästina-solidarische

Proteste gegen die Deutsche Fußball Liga (DFL): Ein Sieg, der Hoffnung macht

Am 21. Februar 2024 verkündete DFL-Funktionär Aki Watzke das Scheitern des geplanten Investoreneinstiegs. Ein knappes Jahr lang beschäftigte das Gespenst des Ausverkaufs des deutschen Profifußballs die nationale Fußballwelt. Ein Resümee eines erfolgreichen Kampfes gegen das Kapital von Vinzent Kassel



Im Mai 2023 kündigte die Deutsche Fußball Liga (DFL) eine Abstimmung über die Möglichkeit der Verhandlungen mit einem externen Investor an. Unter den 36 Vereinen der 1. und 2. Bundesliga wäre eine Dreiviertel-Mehrheit von Nöten gewesen, um diese Verhandlungen zu ermöglichen. Das „Fanszenen Deutschland“-Bündnis begleitete diesen Prozess von Anfang an kritisch und konnte die Verheimlichung der Abstimmung publik machen und eine Debatte anstoßen. Das Bündnis erklärte, warum der Deal unfair für kleinere Vereine und das Mitspracherecht eines externen Investors schädlich für den Fußball seien. Im Zentrum der Kritik standen außerdem die Kurzfristigkeit des Antrags bis hin zur Abstimmung, sowie die fehlende Transparenz und Kommunikation. Weil nicht nur die Fans, sondern auch die Clubbosse diesen ersten Vorstoß der DFL bemängelten, scheiterte dieser.

Fragwürdige zweite Abstimmung

Der zweite Anlauf sollte nicht lange auf sich warten lassen. Bereits Anfang November 2023 kursierten die

ersten Gerüchte über ein erneutes Votum. Das Fanszenen-Bündnis äußerte sich schon damals gemeinschaftlich mit den Worten „DFL & Investoren: Wir haben euch im Blick!“ Mit ihren Befürchtungen sollten sie Recht behalten. Am 11. Dezember 2023 folgte die Wiederholung der Abstimmung. Denkbar knapp erreichten die Befürworter der Verhandlungen exakt die benötigte Stimmenanzahl. Zünglein an der Waage war hierbei Martin Kind von Hannover 96, welcher entgegen der Weisung seines Vereins für den Investoren-Einstieg stimmte und somit die 50+1 Regel missachtete. Diese Regel besagt, die Mehrheit der Stimmanteile einer ausgegliederten Profiabteilung eines Vereins immer in den Händen des von Mitgliedern bestimmten Stammvereins liegen muss.

Kreative Proteste

In der Folge arbeiteten die Fanszenen auf mehreren Ebenen gegen die Möglichkeit eines Investoreneinstiegs. Am öffentlichkeitswirksamsten waren die Proteste in den Stadien. Angefangen von Spruchbändern und Stimmungsboykotten wurde nach kurzer Zeit zu radikaleren Mitteln gegriffen.

Mit Hilfe verschiedenster Methoden wurden Spielunterbrechungen herbeigeführt, um die Aufmerksamkeit auf die Kritikpunkte zu lenken. Waren geworfene Tennisbälle und Goldtaler an den meisten Standorten die am einfachsten umzusetzende Varianten, gingen die Ultras bald zu einfallreicherer Formen über. Von ferngesteuerten Autos, über Flugzeuge bis hin zu Fahrradschlössern an Torpfosten war der Kreativität keine Grenzen gesetzt. Stets friedlich, aber trotzdem bestimmt und mit sachlich guten Argumenten wurde die Öffentlichkeit immer mehr auf die Seite der Fanszenen gezogen. Dazu trauten sich die sonst so medienscheuen aktiven Fans auch aus ihrem Kokon und traten in Talkshows wie „Doppelpass“ oder „Hart aber Fair“ auf.

Die dadurch erlangte öffentliche Stimmungshöhe gegenüber den Verantwortlichen der DFL gepaart mit einer gezielten Kritik an den potenziellen Investoren führte dazu, dass sich ein Interessent nach dem anderen vom Deal entfernte und sich das DFL-Präsidium zum Rückzug genötigt sah.

Eine Chance für weitere Kämpfe

Der gescheiterte Millionendeal zugunsten der Fans ist nicht nur eine große Errungenschaft, sondern vor allem eine Ausnahmeerscheinung in einer kapitalistischen Welt.

Für bedeutende Themen lohnt es sich, Grabenkämpfe beiseite zu legen, um im größeren gemeinsamen Interesse zu handeln, wie beim Fanszenen-Bündnis. Auch Personen, welche normalerweise gänzlich konträre Standpunkte vertreten, können je nach Herangehensweise für einzelne Themen auf eine Seite gezogen werden. Dafür muss geduldige Aufklärungsarbeit geleistet werden, sowohl im direkten Gespräch als auch durch eine beständige Öffentlichkeitsarbeit. Seriosität statt Krawall war bei den DFL-Protesten das Stichwort - immer mit der Gewissheit im Hinterkopf, dass bei einem Scheitern der Proteste noch einige Eskalationsstufen gezündet werden können. Diese werden ohnehin in Zukunft benötigt, denn die erfolgreichen Proteste waren nur ein Etappensieg im Kampf gegen das Kapital.

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn
x.com/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline
t.me/perspektiveon
mastodon.social/@perspektiveon

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp**:
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:
<https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LIK2N>

Kanalname bei **Telegram**:
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:
<https://t.me/perspektiveon>

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:
<https://perspektive-online.net/spenden>